



EINKOMMENSRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST



Artikel in dieser Ausgabe

1. Land steht im Wettbewerb um die Besten
2. Einkommensrunde öffentlicher Dienst 2019
3. Neues Format: Thementag Tarif
4. Aufruf zur Studie: Stress und Resilienz
5. DPoIG-Veranstaltungsreihe „Fit for Test“

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Land steht im Wettbewerb um die Besten Auszahlung von 210 Millionen Euro, um die von 2013 bis 2017 abgesenkte Eingangsbesoldung auszugleichen.

Was für eine Bestätigung für die Argumentation und die Ausdauer der DPoIG: Das Land wird insgesamt rund 210 Millionen Euro an Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter auszahlen, um die in den Jahren 2013 bis 2017 abgesenkte Eingangsbesoldung auszugleichen. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Herbst 2018 die Regelung zur Absenkung der Eingangsbesoldung für nichtig erklärt. Die DPoIG und deren Dachorganisation bbw tarifunion hatten die Rechtmäßigkeit dieser Sparmaßnahme bereits in der Planungsphase angezweifelt - und in einer eingelegten Verfassungsklage höchststrichterlich Recht bekommen.

Der wahrscheinliche Richterspruch zeichnete sich bereits im Vorfeld ab. Zum Jahresbeginn 2018 hatte die Landesregierung deshalb die Absenkung der Eingangsbesoldung bereits vollständig zurückgenommen. Nach dem Urteil der Karlsruher Richter bestünde Betroffenen lediglich ein Anspruch auf eine rückwirkende Auszahlung bis 2015 zu, weil nach drei

Jahren üblicherweise eine Verjährung eintritt. Das Land verzichtet jedoch freiwillig darauf, die Verjährung für die Jahre 2013 und 2014 geltend zu machen.

Verzicht auf Verjährung.

Es spiele keine Rolle, ob jemand Widerspruch eingelegt habe oder nicht, sagte Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne). Alle Betroffenen würden die abgesenkten Beträge für die Jahre 2013 bis 2017 vollständig erstattet bekommen. „Als Land stehen wir im Wettbewerb um die besten Köpfe. Wir brauchen qualifizierte und motivierte Beschäftigte,“ begründete Frau Sitzmann die großzügig anmutende Entscheidung, die wohl auch die abschreckende Wirkung des Eingriffs auf potentielle Nachwuchskräfte des Öffentlichen Dienstes verwässern sollte.

DPoIG verbucht Erfolg.

„Ein toller Erfolg! Ein äußerst kräfte- raubendes und langwieriges Kapitel in der Gewerkschaftsarbeit geht zu

Ende“, urteilte der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer. Insgesamt, so Kusterer weiter, würden rund 48.000 betroffene Beamtinnen und Beamte, sowie Richterinnen und Richter des Landes, in den Genuss der Auszahlungen kommen. Die Nachzahlung der abgesenkten Eingangsbesoldung für die Jahre 2013 bis 2017 soll voraussichtlich im Laufe des zweiten Quartal 2019 erfolgen.



Freut sich, dass die betroffenen Landesbeamtinnen und -beamten nun bald ihre Entschädigung erlangen sollen: Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender.

Der Ursprung der Absenkung der Eingangsbesoldung liegt im Jahr 2005. Neu eingestellte Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter der Besoldungsgruppen A 12 und höher, der Besoldungsgruppe R 1 und der Besoldungsgruppe W 1 erhielten für die Dauer von drei Jahren keine Sonderzahlungen. Im Jahr 2008 wurden alle Sonderzahlungen ins Grundgehalt eingebaut. Statt der zeitweise gestrichenen Sonderzahlungen wurde nun eine Kürzung der Grundgehälter um vier Prozent vorgenommen. Ab dem Jahr 2013 wurde die Absenkung für neue Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter der genannten Besoldungsgruppen sogar noch auf acht Prozent erhöht! Die Eingangsbesoldung neuer Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 wurde um vier Prozent abgesenkt. □



Das Kabinett hat die Auszahlung von insgesamt 210 000 000 Euro beschlossen, um Betroffene für die jahrelang rechtswidrig abgesenkte Eingangsbesoldung zu entschädigen.

Quelle: Pressemeldung Finanzministerium Baden-Württemberg

Einkommensrunde öffentlicher Dienst Mehr als 1.000 Beschäftigte gingen in Stuttgart auf die Straße.

Zu landesweiten Warnstreiks und einer zentralen Protestveranstaltung in Stuttgart hatten der deutsche und der Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg gemeinsam aufgerufen. Mehr als 1.000 öffentlich Beschäftigte waren dem Aufruf gefolgt und am 12.02.2019 in Stuttgart auf die Straße gegangen. Sie unterstrichen damit die Forderung ihrer Gewerkschaften nach deutlichen Einkommensverbesserungen.

Aus dem ganzen Land waren Polizisten, Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte aus der Finanzverwaltung, aus dem Justizbereich, der allgemeinen Verwaltung und der technischen Fachverwaltung angereist, allesamt Tarifbeschäftigte des Landes, die sich nahe dem Hauptbahnhof sammelten, um dann in einem langen Protestzug durch die Stuttgarter Innenstadt zum Schlossplatz zu ziehen. Unterstützt wurden sie von Beamtinnen und Beamten, die in ihrer Mittagspause dazu stießen, um gemeinsam auf der Straße den Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber zu erhöhen. Solidarisch zeigten sich auch viele Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten.



Natürlich ganz vorne mit dabei: Die Landestarifkommission der DPoIG Baden-Württemberg.

Alle gemeinsam machten ihrem Ärger darüber Luft, dass die Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) sich auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 6./7. Februar in Potsdam darauf be-



Protestierende Landesbedienstete bei der Abschlusskundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz.

schränkt haben, die Gewerkschaftsforderung als maßlos überzogen abzulehnen, ein eigenes Angebot aber verweigerten. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Schlossplatz sagten dann dbb-Tarifchef Volker Geyer und der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger, was sie von der Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite halten.

Sechs Prozent mehr, mindestens aber 200 Euro.

„Sechs Prozent mehr Geld, mindestens aber 200 Euro – diese Forderung ist mehr als gerecht“, rief Rosenberger den Versammelten auf dem Schlossplatz zu. Spätestens Anfang März wolle man ein Ergebnis sehen, „das stimmig ist und zu dem wir JA sagen können“. Die öffentlich Beschäftigten hätten ein Recht auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung, sagte der BBW-Vorsitzende. Zudem verwies er auf die vielen unbesetzten Stellen in der Landesverwaltung, die mangels qualifizierter Bewerber verwaist blieben. Und er warnte: Die öffentlichen Arbeitgeber täten gut daran, endlich

auch der Situation auf dem Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen. Nur wer attraktive Gehälter und flexible Arbeitszeiten biete, habe eine Chance bei potentiellen Bewerbern zu punkten.



BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger.

Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamtenchaft und Versorgungsempfänger.

Zugleich wandte sich Rosenberger mahnend an die Landesregierung: Das Tarifergebnis 2019 müsse zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger über-

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Fortsetzung von letzter Seite.

tragen werden, inklusive der strukturellen Verbesserungen auch außerhalb der linearen Erhöhung. Die Zeiten seien vorbei, in denen man Tarifiergebnisse mit erheblicher Verzögerung auf die Beamtinnen und Beamten übertragen konnte – nur um den Haushalt zu entlasten. „Dies ist inzwischen verbrieftes Recht“, rief der BBW-Vorsitzende der Menge auf dem Schlossplatz zu und erinnerte an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2017. Rosenberger erinnerte daran, dass sich Baden-Württemberg im 11. Jahr in Folge im wirtschaftlichen Aufschwung befinde. Zu diesem Aufschwung hätten die Beamtinnen und Beamte ihren Teil beigetragen. Gedankt habe man ihnen dies mit verzögerten Besoldungsanpassungen und zusätzlichen fünf Beamten-Sondersparopfern unter Grün-Rot.

Genug von nur gepredigter Wertschätzung.

„Bis jetzt waren wir nett und freundlich. Doch wir können auch anders“, warnte Rosenberger. Er verwies auf



Angehörige von Polizei und Berufsfeuerwehren, gemeinsam organisiert und vertreten in der DPoIG.

den Nachtragshaushalt 2018/2019 und merkte süffisant an: 2,4 Milliarden waren offensichtlich noch nicht genug, um auch nur die dringend-

sten unserer Forderungen zu erfüllen. Radschnellwege seien dieser Regierung wichtiger gewesen als eine faire und gerechte Bezahlung der eigenen Mitarbeiter. „Wir haben genug von der gepredigten Wertschätzung“, heizte der BBW-Vorsitzende die Stimmung auf dem Schlossplatz an: „Wir machen gute Arbeit, die ihren Preis hat und wir sind diesen Preis auch wert.“



Vize beim dbb beamtenbund tarifunion Volker Geyer als Hauptredner der Veranstaltung. Rechts im Bild, Joachim Lautensack, Stv. Vorsitzender BBW und Ehrenvorsitzender der DPoIG Baden-Württemberg.

Der stellvertretende Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion und dbb-Tarifchef Volker Geyer argumentierte ähnlich. Mit deutlichen Worten verteidigte er die Einkommensforderung der Gewerkschaften: Das Argument der Arbeitgeber, unsere Forderung raube ihnen Geld für wichtige Investitionen, sei großer Unsinn. „Gute Tarifpolitik ist die beste Investition in die Zukunft. Wenn nicht in Lehrkräfte, Polizisten, Erzieherinnen, IT-Fachkräfte oder Ingenieure – in wen oder was will Baden-Württemberg denn sonst investieren?“, fragte Geyer.

Vor dem Hintergrund des Personal mangels im öffentlichen Dienst, der sich aufgrund demografischer Faktoren künftig noch verstärken werde, sei es unabdingbar, jetzt die Voraussetzungen für attraktive berufliche Perspektiven zu schaffen, die neues

Personal nicht nur anlocken, sondern auch binden könne. „Die kontinuierlich positive Entwicklung der Länderhaushalte der vergangenen Jahre spricht dafür, und das fordern wir jetzt ein!“, schloss Geyer.



Der Landestarifbeauftragte der DPoIG Baden-Württemberg, Edmund Schuler

Der Landestarifbeauftragte der DPoIG Baden-Württemberg, Edmund Schuler, heizte bereits bei der Auftaktkundgebung der versammelten Protestmenge trotz Minustemperaturen gehörig ein: „Wir sind nicht weniger Wert als die Beschäftigten von Bund und Kommunen. Gute Leute wollen für gute Arbeit eine gerechte Bezahlung und sechs Prozent sind gerecht!“ □

Quelle: BBW

Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind in Baden-Württemberg mehr als 442.800 Beschäftigte betroffen: über 129.000 Tarifbeschäftigte des Landes sowie über 313.600 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Der nächste Verhandlungstermin ist für den 28. Februar/1. März 2019 (Potsdam) vereinbart.

Kernforderungen des dbb:

6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate). Eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L. Die Erhöhung der Pflgetabelle um 300 Euro. Ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte. Stufengleiche Höhergruppierung. 100 Euro mehr für Auszubildende und unbefristete Übernahme.

Quelle: BBW







Neues Format: Thementag Tarif

Beim PP Freiburg drehte sich ein Tag lang alles um Tarif.

Das Polizeipräsidium Freiburg organisierte Mitte Januar seinen ersten Thementag „Tarif“. Mit 160 TeilnehmerInnen stieß die Veranstaltung auf großes Interesse.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Polizeipräsident Bernhard Rotzinger und den neuen Vizepräsidenten Matthias Zeiser.

Das Veranstaltungsprogramm startete mit einem Vortrag zum Thema Altersrente, welches von einem Referenten der Deutschen Rentenversicherung fundiert vorgestellt wurde.

Außerdem wurden Informationen zum Stellenhaushalt und der aktuellen Situation innerhalb des PP Freiburg vermittelt. Allgemeine Informationen den örtlichen Personalrats, wurden durch den Vertreter der Tarifbeschäftigten, Martin Schuler, vorgestellt.

Veranstaltung stieß auf großes Interesse.

Alle Vorträge wurden mit großem Interesse verfolgt und im Anschluss diskutiert. In den Pausen gab es am zur Verfügung gestellten „Marktplatz“ die Möglichkeit, sich auszutauschen und dem tarifkundigen Organisationsteam tiefere Fragen zu stellen.

Insgesamt wurde die Veranstaltung von den Besuchern sehr positiv aufgenommen.

Dem schließen wir uns an und meinen: eine sinnvolle Veranstaltung mit Vorbildcharakter, wie wir uns diese vom Dienstherrn im ganzen Land wünschen würden. □

Quelle: PP Freiburg



Bild: PP Freiburg

Voller Erfolg: Rund 160 Interessierte besuchten den ersten Thementag Tarif beim PP Freiburg.



Bild: PP Freiburg

An den zahlreichen Infotischen des „Marktplatz“ konnten sich die Besucher noch tiefer informieren.



Bild: PP Freiburg

Der Thementag war eine gemeinsame Veranstaltung des PP Freiburg und dem örtlichen Personalrat.

Studie: Stress und Resilienz

Stresserleben und psychisch bedingte Arbeitsunfähigkeit.

Wissenschaftler der Privaten Hochschule Göttingen und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg suchen Freiwillige, die im Rahmen einer anonymen Studie ihre Erfahrungen mitteilen. Wir bilden diesen Aufruf hier gerne ab.

Mit der Studie soll ein Beitrag geleistet werden zur Identifikation psychischer Entstehungsfaktoren, die zur Arbeitsunfähigkeit beitragen. Verschiedene Risikofaktoren über die Lebensspanne hinweg, dienen dabei als Ausgangspunkt. Die Studie soll untersuchen, ob und inwieweit sich diese Risikofaktoren auf das persönliche Stresserleben auswirken und letztlich auch darstellen, ob und welche Zusammenhänge zur Arbeitsunfähigkeit bestehen.

Selbstauskunft zu Risikofaktoren, Schlafdauer und Resilienz.

Der Begriff Resilienz leitet sich von dem englischen Wort „resilience“ (Spannkraft, Widerstandsfähigkeit, Elastizität) ab und bezeichnet allgemein die Fähigkeit einer Person oder eines sozialen Systems, erfolgreich mit belastenden Lebensumständen und negativen Folgen von Stress umzugehen. Kurz gesagt: Es geht um die Fähigkeit, sich von einer schwierigen Lebenssituation nicht unterkriegen zu lassen.

Die Datenerhebung erfolgt online, im ersten Quartal 2019. Neben der Erhebung in als besonders belastet geltenden Berufsgruppen wie Polizei, Kranken- und Altenpflege, sowie der Lehrerschaft, sind in weiteren Bevölkerungsgruppen Stichproben geplant.

Ergebnisse können neue Ansätze für Interventionen enthalten.

Die durch die Studie erhobenen Daten können als Datengrundlage

für weitere Forschung oder als Ansatzpunkt für Interventionen dienen, bspw. dem Optimieren von Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Effektive Stressprävention und Stressbeseitigung sind uns für unsere Kolleginnen und Kollegen wichtig. Das setzt aber eine entsprechend hohe Beteiligung voraus. Aus diesem Grunde bewerben wir die Umfrage.

Natürlich ist und bleibt die Teilnahme an der Untersuchung freiwillig und anonym. Auch kann die etwa 45 Minuten in Anspruch nehmende Befragung jederzeit abgebrochen werden. □

Link zur Umfrage: <https://bit.ly/2EcX5UG>



Bild: Pixabay.de

Erkennen und reagieren, bevor Stress krank macht. Darum unterstützt die DPoIG den Aufruf, freiwillig an der wissenschaftlichen Studie teilzunehmen.



DPOLG



„FIT FOR TEST“

„Zulassung zum gehobenen Dienst“

Vorankündigung Termine 2019:

Anmeldung erforderlich:

18.02.19, 17.00 h, PP Einsatz, Göppingen
Kantine

juergen.engel@dpolg-bw.de

20.02.19, 17.00 h, PP LB, PTLS, Bereich Stuttgart
DPoIG Geschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart

thilo.marien@dpolg-bw.de

21.02.19, 17.00 h, PP Einsatz BR, Bereich KA/MA/HD
Bepo Bruchsal, Aula

rolf.sch lindwein@polizei.bwl.de
andre.schmitteckert@polizei.bwl.de

25.02.19, 17.00 h, PP Freiburg, KPDir FR, Cafeteria
Heinrich-von-Stephan-Str. 4, 79100 FR

claudia.schuler@polizei.bwl.de

26.02.19, 17.00 h, PP Aalen, KPDir, gr. Lehrsaal
Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen

mail@markus-kaumeyer.de

04.03.19, 17.00 h, PP Ulm, Polizeirevier Ulm-West
Römerstr. 122, 89077 Ulm

peter.vietz@polizei.bwl.de
dieter.knolmar@dpolg-bw.de

11.03.19, 17.00 h, PP Reutlingen, Mehrzwecksaal
Burgstraße 26, 72764 Reutlingen

safiye.leone@polizei.bwl.de
alfred.seiter@polizei.bwl.de

12.03.19, 17.00 h, PP Offenburg, Polizeirevier Lahr
Friedrichstraße 17, 77933 Lahr

andreas.bix@dpolg-bw.de

13.03.19, 17.00 h, PP Konstanz, Friedrichsaal
Benediktinerplatz 3, 78467 Konstanz

andreas.herzog@dpolg-bw.de

14.03.19, 17.00 h, PP Tuttlingen, Polizeirevier VS, 4. OG
Waldstraße 10/1, 78048 VS-Villingen

juergen.vogler@dpolg-bw.de